

# Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 5)

Autor: Fred Luks

[www.fredluks.com](http://www.fredluks.com), [mail@fredluks.com](mailto:mail@fredluks.com)

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.<sup>1</sup>

## Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
  1. Erfolg und Scheitern
  2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
  3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
  4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
  5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
  6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
  7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
  8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
  9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
  10. Wohlstand und Wirtschaft
  11. Innovation und Exnovation
  12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
  13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

## Auszug Kapitel 5

### Diversität, Offenheit und Geschlossenheit

#### *Migrationsdynamik, Identitätspolitik und Verteilung*

In diesem Kapitel (und mit dem [nächsten](#)) kommen wir zu Kern-Themen der vielfach diagnostizierten Polarisierung der Gegenwartsgesellschaft. „Ökonomie“ und „Kultur“ sind in diesem Kontext zentrale Themen, spezifischer: Verteilungsfragen und Fragen von Identität und Anerkennung. Diese beiden Themenkomplexe stehen im Zentrum zahlreicher sozialwissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Diskussionen, ganz besonders mit Blick auf das Phänomen des Populismus, das seit Jahren Forschung, Politik und Gesellschaft massiv beschäftigt. Um den Populismus als Anlass, Ausdruck und Auslöser gesellschaftlicher Polarisierung geht es im nächsten [Kapitel 6](#). Hier wird zunächst die allgemeine Relevanz der genannten Themen für die Gesellschaft erörtert. Manche sehen in der Flüchtlingskrise „Europas 11. September“ (Krastev 2017). Dieses Thema verknüpft gleichsam Identitäts- und Verteilungsfragen, in dem die Zuwanderung sowohl das Thema der Anerkennung massiv berührt als auch handfeste Distributionsfragen aufwirft.

Die politischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Migration in Österreich und in der Europäischen Union dürfen hier als bekannt vorausgesetzt werden. Dieses Thema ist eine der zentralen, wenn nicht die entscheidende Bruchlinie in der Österreichischen Politik (N.N. 2018, 3). Thematisiert werden sollen hier Aspekte der Thematik, die entweder sehr verkürzt oder sehr selten (oder gar nicht) erörtert werden, wenn es um Migration geht. Erstens: Es wird auf breiter Front ignoriert, was die Migrationskrise (auch) ist: nicht nur das Resultat von Krieg und Vertreibung, sondern – aufs Ganze gesehen – auch das Ergebnis einer Lebensweise, die nicht verallgemeinerbar ist, die auf Kosten von Natur und Mensch geht, die aber von überwältigender kultureller und wirtschaftlicher Attraktivität zu sein scheint. Diese imperiale, westliche oder wie auch immer zu bezeichnende Art und Weise zu leben, Gesellschaften zu organisieren und Wirtschaft zu betreiben, ist nicht nachhaltig und gleichzeitig äußerst attraktiv – darin liegt eine zentrale (und die langfristig bei weitem wirkmächtigste) Ursache der Migration.

Die Migrationskrise ist damit auch eine Krise des westlichen Entwicklungsmodells. Geflüchtete, schreiben Ulrich Brand und Markus Wissen (2017, 174), „verkörpern das universelle Leiden an der imperialen Lebensweise.“ Bemerkenswert ist, wie politische Akteure und das Publikum unter der Überschrift „Bekämpfung von Fluchtursachen“ gleichsam „Gegenmaßnahmen“ diskutieren. Wenn der eben skizzierte Zusammenhang zwischen Lebensweise und Migration zutrifft, hieße Fluchtursachenbekämpfung ganz wesentlich eine starke Veränderung in den Ländern des reichen Westens – dass hierzu eine hinreichende Bereitschaft besteht, erscheint äußerst unwahrscheinlich.

Dazu wird bei der Rede von der „Fluchtursachenbekämpfung“, regelmäßig (ob versehentlich oder absichtsvoll, kann hier nicht entschieden werden) „übersehen“, dass eine Einkommenssteigerung in Ausreiseländern zunächst gerade nicht dazu führen wird, dass Migration nach Europa abnimmt – das genaue Gegenteil könnte der Fall sei. Denn: Wachstum in Ländern zum Beispiel in Afrika und die damit einhergehende Verbesserung der ökonomischen Situation für migrationsbereite Menschen ermöglicht es vielen erst, sich nach Europa aufzumachen. Denn: Viele Menschen, die heute bereit zur Auswanderung wären, können sich das heute schlicht nicht leisten. Erhöht sich ihr Einkommen, erhöht dies zunächst die Wahrscheinlichkeit zur Migration. Auch wenn es wohl kaum eine Alternative zur Verbesserung der Lebensbedingungen im globalen Süden gibt: Die Behauptung, dieses könnte kurzfristig zu einer Verminderung von Migrationsbedingungen führen, ist unter den gegebenen Bedingungen bestenfalls unrealistisch, schlimmstenfalls unredlich.

Der gesellschaftspolitische Stress, der in Regionen wie Europa durch verstärkte Migration entsteht, hat identitäts- und verteilungspolitische Dimensionen – Felder, die schon ohne Migration als problematisch

anzusehen sind. Nicht nur die linksradikalen Anwendungen wohl unverdächtige IWF-Chefin Christine Lagarde hält die Überwindung von Ungleichheit für eine „epochale Aufgabe“. Verteilung steht, nicht nur aufgrund der Bucherfolge von Anthony Atkinson, Branko Milanović und vor allem von Thomas Piketty, auf der wirtschaftswissenschaftlichen Tagesordnung weiter oben als noch vor drei Jahrzehnten (Atkinson 2016; Milanović 2016; Piketty 2014) – und beschäftigt auch die politische Agenda (vgl. auch Fukuyama 2019, 20).

Ralf Dahrendorf (1997) hat früher als andere auf den Zusammenhang zwischen Verteilung, Globalisierung und politischer Zuspitzung hingewiesen. Der Text liest sich nach über 20 Jahren nahezu hellseherisch. Zwar gehöre zur Habenseite der Globalisierung, dass sie die Lebenschancen von Millionen von Menschen verbessert habe. Sie bedeute aber auch, dass „Konkurrenz groß- und Solidarität kleingeschrieben wird.“ Wachsende Ungleichheit sei ein zentrales Problem:

„Es ist schwer zu sagen, an welchem Punkt Ungleichheiten, insbesondere solche des Einkommens, Solidarität in einer Gesellschaft zerstören. Sicher aber ist, daß keine Gesellschaft es sich ungestraft leisten kann, eine beträchtliche Zahl von Menschen auszuschließen. (...) Die Beeinträchtigung von Recht und Ordnung ist also eine Folge der Tatsache, daß die Mehrheit eine Minderheit verdrängt und vergißt.“

Für Dahrendorf drängt sich der Schluss auf, dass „die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten.“ Mit Blick auf die politischen Aussichten formuliert er: „Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.“

Zu diesem Problem tragen freilich, wie man heute weiß, nicht nur Verteilungsfragen bei, sondern ganz wesentlich auf Fragen von Würde, Anerkennung und Identität. „Wer arm ist,“ stellt der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama (2019, 104) fest, „wird für seine Mitmenschen unsichtbar, und die Schmach der Unsichtbarkeit ist häufig schlimmer als der Mangel an finanziellen Mitteln.“ Ökonomische Verteilungs- und Knappheitsfragen hängen mit kulturellen Anerkennungs- und Identitätsfragen also eng zusammen. Sicher: Hier entzündet sich gesellschaftlicher Streit, der nicht selten polarisierend ausgetragen wird – und der sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt. „Die gesellschaftliche Krise der Anerkennung“, so formuliert es (Reckwitz 2017, 350), „enthält erheblichen sozialen, psychischen und politischen Sprengstoff.“

### **„Anywheres“ und „Somewheres“: Weltoffenheit vs. Provinzialismus?**

Vor einigen Jahren stellte die Industriellenvereinigung (IV 2012, 46) in einem Papier zur Zukunft von Gesellschaft und Wirtschaft fest

„Österreich kennzeichnet fehlende Offenheit, Durchlässigkeit, Toleranz, Internationalität, dies erschwert manchen Gruppen die Chancengerechtigkeit: Dazu gehören unter anderem Menschen aus benachteiligten sozialen Milieus oder Zuwandernde.“

Diese Situationsbeschreibung trifft sicher auch heute noch einen zentralen Aspekt der gesellschaftlichen Befindlichkeit. Zur gegenwärtigen Lage trägt aber auch die Tatsache bei, dass Offenheit, Toleranz und Internationalität durchaus unterschiedlich verteilt sind. Moderner Kosmopolismus setzt sich heute in allen westlichen Gesellschaften gegen das Provinzielle ab, dem es aus kosmopolitischer Sicht an Vielfalt und Offenheit fehlt. Da die Akademikerschicht den Provinzialismus der Unterklasse zuordnet, wird die Unterscheidung zwischen Kosmopolismus und Provinzialismus „zu einem zentralen Schema des symbolischen Kampfes“ in der Gesellschaft der Gegenwart (Reckwitz 2017, 302) – und damit zu einem Faktor für Spaltung und Polarisierung (vgl. [Kapitel 6](#)).

David Goodharts Buch *The Road to Somewhere* („Die Straße nach Irgendwo“) ist ein Schlüsseltext zum Verständnis dieser Problematik. Goodhart teilt die Briten in zwei Lager ein: Hier die weltoffenen, mobilen und eher liberal eingestellten „Überall-Leute“ (Anywheres), dort die lokal orientierten, meist nicht sehr gut ausgebildeten und eher konservativ gesinnten „Irgendwo-Menschen“ (Somewheres). Die „Überall-Leute“ stehen für eine kosmopolitische Lebenshaltung. Diese Spaltung ist für Goodhart die Erklärung für den „populistischen Aufstand“. Wichtig ist dabei ein von Goodhart betonter Punkt: Dass sich viele Menschen – insbesondere die nicht-kosmopolitischen „Irgendwo-Personen – durch rasche soziale Veränderungen, ökonomischen Strukturwandel und die allgegenwärtigen Folgen der Globalisierung (einschließlich der Migration) bedroht fühlen, sollte man (vor allem auf Seiten der „Überall-Personen“) ernst nehmen – und nicht als faulen Hang zur Bequemlichkeit oder gar Rassismus missdeuten. Die von Goodhart eingeführte Unterscheidung erschließt viele der im nächsten [Kapitel 6](#) noch zu erörterten Tendenzen von Polarisierung, Spaltung und Zuspitzung. Auch wenn Goodhart sich an Großbritannien orientiert (was wohl auch das lange Ausbleiben einer deutschen Ausgabe des Textes erklärt), lässt sich aus seinem Text viel für anderen europäische Staaten wie Österreich, Deutschland oder Frankreich lernen.

Für die Frustration der Irgendwo-Leute ist das Gefühl, die Kontrolle über ihr Leben verloren zu haben, von großer Bedeutung. Das betrifft nicht nur diejenigen, die durch regional asymmetrisch wirkende Globalisierungseffekte ihre Arbeit verloren haben, sondern auch Menschen, denen andere schnelle Veränderungen ihres Lebensumfeldes als bedrohlich erleben. Das hat nicht nur ökonomische, sondern dezidiert kulturelle Ursachen (vgl. den vorigen Abschnitt): Wo die Überall-Leute Vielfalt und Wandel hoch schätzen, schüchtern die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels und die gefühlte Instabilität die Irgendwo-Menschen ein. Das macht sie, wie wir in den [Kapiteln 6](#) und [12](#) sehen werden, tendenziell offen für populistische Orientierungsangebote und Heilsversprechen.

Goodhart plädiert vehement dafür, diese Leute nicht zu belächeln, sondern ihre Sorgen politisch ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Das gemahnt unmittelbar an die vor allem im Populismus-Diskurs debattierte Frage, ob man Anliegen der „besorgten Bürger“, unter denen bekanntlich auch Rassisten und andere Menschenfeinde zu finden sind, ernst nehmen soll. „Natürlich“, schreibt die Publizistin Carolin Emcke (2016, 36, 40f.), „gibt es soziale, politische oder ökonomische Sorgen, über die sich öffentlich debattieren lässt.“ Der Begriff des „besorgten Bürgers“ aber sei, so Emcke, ein „diskursiver Schild, der Fragen nach rationalen Gründen für Sorgen abwehren soll.“ Doch geht es wirklich nur um Abschirmung „von allem, was sich politisch oder moralisch kritisieren ließe“ – oder sollte man nicht auch berücksichtigen, dass es tatsächlich politische, sozioökonomische und kulturelle Entwicklungen gibt, also veränderte Lebensbedingungen, die den Populismus befeuern?

Goodhart weist darauf hin, dass das Gefühl, sich ob des Zuzugs von Menschen aus anderen Ländern nicht mehr zu Hause zu fühlen, keinesfalls mit blankem Rassismus verwechselt werden sollte. Fremd in ihrem Land ist nicht nur der Titel eines bekannten Buches zum Thema (Hochschild 2017) – diese Formulierung beschreibt wohl tatsächlich auch das Lebensgefühl (zu) vieler Menschen. Wichtig ist die Tatsache, dass ein (zu) großer Teil der Gesellschaft sich ausgeschlossen, nicht angemessen repräsentiert und gleichsam abgehängt fühlt – und dass diese Gefühlslage nicht nur zu überraschenden Abstimmungs- und Wahlergebnissen führen kann, sondern womöglich demokratische Formen des Zusammenlebens grundsätzlich gefährdet. Vor diesem Hintergrund plädiert Goodhart (2017, 13) für einen „geerdeten, emotional intelligenten Liberalismus, der eine gemeinsame Basis zwischen den Überall-Leuten und den Irgendwo-Menschen schaffen kann“. Ein Problem ist freilich, dass der westliche Liberalismus an sich schon nicht mehr unumstritten ist.

### **Wie „konkurrenzfähig“ sind westliche Werte?**

Angesichts der „7-25-50-Formel“ von Angela Merkel (Europas Anteil an der Weltbevölkerung ist sieben Prozent, an der Wirtschaftskraft 25 Prozent und an 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen) und mit Blick auf den großen politischen Bedeutungsgewinn Asiens stellt sich die Frage nach der

„Konkurrenzfähigkeit“ westlicher Werte wie Demokratie und Freiheit (die wir oben in [Kapitel 1](#) bereits kurz erörtert haben, als es um „Erfolg und Scheitern“ ging). Schon in Europa selbst sind diese Werte in einer Weise unter Druck, die noch vor 10 Jahren undenkbar gewesen wäre. Der Vormarsch der „illiberalen Demokratie“ (Victor Orbán) in einigen Ländern des ehemaligen Ostblocks ist hierfür das eindringlichste Beispiel. Rechtspopulisten, die die Liberalität der Demokratie durch straffe Durchsetzung von Mehrheitsentscheidungen ersetzen möchten, gibt es freilich in nahezu allen Staaten der Europäischen Union. Vom Reden über die „illiberale Demokratie“ und über das restriktive Verhalten beim Migrationsthema bis zum Umgang mit grundlegenden westlichen Werten wie Toleranz (zum Beispiel im Hinblick auf die sexuelle Orientierung von Menschen) geht somit ein Riss durch Europa, der zunehmende Spannungen erzeugt. Es sei, so Ivan Krastev (2017, 67), „das in Mitteleuropa tief verwurzelte Misstrauen gegenüber dem kosmopolitischen Denken, das Ost und West voneinander trennt.“<sup>1</sup> Liberale Werte sind also schon in Europa selbst nur noch begrenzt „konkurrenzfähig“.

Das gilt noch mehr in Asien. Es galt lange als ausgemacht, dass ökonomische Entwicklung letztlich immer dem Muster des Westens folgt – und zwar wirtschaftlich ebenso wie politisch (Sachs 1993; 2013). Die historisch einmalig erfolgreiche Kombination aus Kapitalismus und Demokratie ist heute freilich so brüchig wie nie. Liberalität gehört gewiss nicht zu den Kernkompetenzen der islamischen Demokratien des südostasiatischen Raums (von den ölbasierten Diktaturen des arabischen Raums ganz zu schweigen). Europa wird dort und anderswo womöglich vor allem wegen seines Wohlstands geschätzt und weniger wegen seiner Werte.

Wichtiger ist das weltweit bewunderte und/oder gefürchtete Modell eines kapitalistischen Entwicklungsmodells unter der Führung einer Parteiendiktatur, mit dem China sich anschickt, die größte Volkswirtschaft der Welt zu werden (die wichtigste Exportnation ist es schon). Länder wie Vietnam zeigen, dass das Modell einer kapitalistischen Planwirtschaft (oder einer sozialistischen Marktwirtschaft) auch außerhalb von China (ökonomisch) sehr erfolgreich funktionieren kann. Westliche Wirtschaftskonzepte wie Konkurrenz, Akkumulation und Arbeitsteilung sind in diesen Ländern präsent und als Erfolgsfaktoren akzeptiert. Für westliche politische Ideen gilt dies indes dezidiert nicht. In China gibt es – auch wenn das in ökonomischen und nicht zuletzt ökologischen Diskursen regelmäßig „vergessen“ wird – Menschen, die als politische Gefangene ihrer Freiheit beraubt werden, Demonstrations- und Pressefreiheit sind in der Volksrepublik unbekannt, dasselbe gilt für eine politische Opposition und freie Wahlen. Auch wenn es in Asien mit Indien und seinen über 1,3 Milliarden Einwohnern zumindest formal die größte Demokratie der Welt gibt: Mit Blick auf Ländern wie China und Vietnam und nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Zustände in Ländern wie den Philippinen, Russland oder der Türkei wird deutlich, dass es im Jahre 2019 mit der „Konkurrenzfähigkeit“ westlicher Werte wie Freiheit, Liberalität und Pluralismus nicht sehr weit her ist.

Damit erodiert eine Tendenz, die für moderne Entwicklung geradezu konstitutiv war. „Wie im Westen, so auf Erden“ (Sachs 1993) war und ist der implizite oder explizite Slogan von Entwicklungs- und Handelspolitik – und auch von Entwicklungsanstrengungen im globalen Süden. „Wandel durch Handel“ mag nach wie vor real sein – aber dieser Wandel verläuft zumindest in politischer Hinsicht nicht mehr entlang der lange üblichen Pfade. China ist hierfür wohl das prominenteste Beispiel: Mittlerweile die größte globale Handelsmacht, folgt das Land dezidiert einem Weg, der westlichen Werten in vielerlei Hinsicht (Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz sind Beispiele) widerspricht. Die vorliegende Studie geht davon aus, dass diese Werte dennoch nach wie vor Gültigkeit besitzen.

Die in diesem Kapitel erörterten Fragen haben einen unmittelbaren Bezug zu den Polarisierungstendenzen in westlichen Gesellschaften, um die es im Folgenden gehen wird.

**Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).**

---

<sup>1</sup> Mit „Mitteleuropa“ meint Krastev Osteuropa.